

Tagesordnung I Punkt 13 der öffentlichen Sitzung am 12. Februar 2009

Antrags-Nr. 09-F-01-0013

**Geplantes Kohlekraftwerk Ingelheimer Aue / Beitritt zum Klageverein
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.02.2009 -**

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich in vielen Beschlüssen eindeutig gegen das Kohlekraftwerk positioniert. Als Vertreterin der Bürgerinnen und Bürger hat sie ihre kritische Haltung dem Projekt gegenüber immer wieder dokumentiert (vgl. die Auflistung in der Vorbemerkung des Antrags 08-F-01-0032 der SPD-Fraktion vom 5.3.2008).

Inzwischen hat die SGD Süd einen Vorbescheid zur Erlaubnis der Errichtung des Kraftwerks ausgestellt, daraufhin haben Interessengruppen, politische Organisationen, Parteien, Initiativen sowie Bürgerinnen und Bürger eine Klagegemeinschaft gegründet, die den Beschluss anfechten wird.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden tritt aufgrund ihrer großen Anzahl von kraftwerkskritischen Beschlüssen dem Klageverein gegen das geplante Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue bei und beteiligt sich ungeachtet einer möglichen eigenen Klage aufgrund der Stellungnahme im Genehmigungsverfahren mit einem symbolischen Beitrag von 512 Euro („5 vor 12“ beim Klimaschutz) an der Klagegemeinschaft.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden setzt damit ein weiteres Zeichen gegen den Bau des Kraftwerks und unterstützt damit aktiv die Bürgerinnen und Bürger, die ebenfalls versuchen, das Kraftwerk zu verhindern.

Beschluss Nr. 0085

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.02.2009 betr.

Geplantes Kohlekraftwerk Ingelheimer Aue / Beitritt zum Klageverein

hat durch Zurückziehen von Seiten des Antragstellers seine Erledigung gefunden.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2009

Thiels

Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2009

Dezernate I, V und IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister